Beschluss des Landrats vom 11.06.2026

Nr. 1851

12. Fragestunde der Landratssitzung vom 11. Juni 2026

2026/5463; Protokoll: ps

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) ruft in Erinnerung, die Fragestunde dauere gemäss § 51 Abs. 4 Landratsdekret 30 Minuten. Bei acht Fragen ergibt dies drei Minuten pro Frage.

1. Nicole Spiegel-Roth: Durchfahrtskontrolle Birsfelden

Nicole Spiegel-Roth (SVP) bittet im Sinne einer Zusatzfrage um *Beantwortung der Frage 3*, die sich nicht an Birsfelden, sondern an den Regierungsrat richtet. Zweite Zusatzfrage: *Wäre es nicht sinnvoll, das Verfahren zu sistieren und nur ein bis zwei Fälle vor Gericht zu bringen?* Schliesslich reicht eine Normenkontrolle.

Désirée Jaun (SP) hält fest, es werde suggeriert, dass die automatische Durchfahrtskontrolle in Birsfelden nicht rechtskonform sei. Deshalb folgende Zusatzfrage: *Kann der Regierungsrat nochmals bestätigen, dass er, wie Ende April 2026 bereits kommuniziert, eine Beschwerde zur automatischen Durchfahrtskontrolle abgewiesen hatte, worin es ums System ging, und dabei festgehalten hatte, dass er das ADK-System grundsätzlich als rechtmässig und verhältnismässig einstuft?*

Antwort: Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) sagt zur Frage von Désirée Jaun, an dieser Einschätzung habe sich nichts geändert. Zur Frage von Nicole Spiegel-Roth: Es handelt sich um ein Offizialdelikt, weshalb man keine Wahl hat, ob dieses weiterverfolgt wird oder nicht. In Einzelfällen darf der Regierungsrat keinen Einfluss auf die Staatsanwaltschaft nehmen; diese ist unabhängig. In dem Sinne kann man da auch nichts ändern.

2. Lucia Mikeler Knaack: «Hallo Baselland»

Keine Zusatzfragen.

3. Michel Degen: Asylbewerber in Ziefen

Nicole Spiegel-Roth (SVP) hält fest, der Kanton drücke sich und überlasse es den Gemeinden. In der Antwort zu Frage 1 steht, dass die Leute eigentlich schon lange hätten das Land verlassen müssen. Zusatzfrage: *Weshalb sind diese Leute überhaupt noch in der Schweiz und wieso wird nicht mehr unternommen, um sie rascher ausschaffen zu können?* Es kann ja nicht sein, dass diese Personen sich alles erlauben können, nur weil die Heimatländer sie nicht zurücknehmen wollen. Hierhin gehören sie auch nicht.

Antwort: Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) sagt, das Problem bestehe, dass nicht alle Personen ausgeschafft werden können, die eigentlich nicht mehr hier sein sollten. Es gibt dafür unterschiedliche Gründe: Die Papiere sind noch nicht vorhanden, die Zielländer nehmen sie nicht entgegen – diesbezüglich ist der Kanton teilweise auch vom Bund abhängig, der die Abkommen abschliesst. Der Kanton ist daran, aber es gibt immer wieder Personen, die noch hier sind, obwohl sie es nicht mehr sein sollten.

4. Christina Wicker: Tapinoma-Ameise

Keine Zusatzfragen.

5. Andi Trüssel: ZZBUD GSK Kommunikation <Info.BUD@bl.ch>

Andi Trüssel (SVP) sagt, bis jetzt habe die Information Zeitungsartikel zur BUD enthalten. Mittlerweile finden sich darin Leserbriefe zu Projekten der BUD und auch Artikel zum Thema Regierungsratswahlen – diese haben darin aber nichts verloren. Zusatzfrage: *Kann sich der Regierungsrat* darauf *beschränken, was ursprünglich angedacht war?*

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) fragt sich manchmal, ob diese Dienstleistung überhaupt angeboten werden solle. Es gibt diesen Medienspiegel, wie es ihn auch in den anderen Direktionen gibt, seit Jahr und Tag. Er funktioniert immer gleich: Berücksichtigt werden die regionalen Medien und gesucht wird nach den definierten Schlagworten. Für die Direktion ist es nicht ganz unwesentlich, wie ihre Handlungen in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Von Hand die Artikel zusammenzustellen war viel aufwendiger und teurer und erforderte somit viel mehr Ressourcen. Deshalb wird es heute maschinell anhand von Schlagworten gemacht. Im Moment sind Wahlen und Abstimmungen aktuell. Für die BUD ist interessant, was die Leute über die Ortsdurchfahrt Birsfelden denken. In die Projektierung wurde bereits sehr viel Arbeit gesteckt. Wenn nötig, interveniert die BUD sogar, und manchmal ist dies wirklich nötig, beispielsweise dann, wenn man sich aus Basel in die Diskussionen einmischt. Der Redner sieht keinen Anlass, etwas zu ändern. Es gab bereits zweimal eine Reaktion auf den Medienspiegel. Dieser wurde den Kommissionen – UEK und BPK – auf ihren eigenen Wunsch hin zur Verfügung gestellt. Sollte dies nicht mehr gewünscht sein, kann dies in den Kommissionen diskutiert werden. Wenn sich die Kommissionsmitglieder über den Medienspiegel ärgern, kann ihn die Kommission gern wieder abbestellen. Die Maschine fand die Artikel nicht wegen Schoch oder Liechti, sondern wegen des Schlagworts «Bau- und Umweltschutzdirektion». Es interessiert, was über die Direktion geschrieben und gesagt wird. Der Medienspiegel ist für die Verwaltung ein hilfreiches Instrument, das hilft, die eigene Arbeit zu bewerten.

6. Béatrix von Sury d'Aspremont: Trägerschaft Primarstufe

Béatrix von Sury d'Aspremont (Die Mitte) dankt für die Beantwortung der Fragen, wobei Frage 3 nicht beantwortet wurde. Der VBLG zeigte damals Interesse an einer unkomplizierten Schülerpauschale, wie sie auch in vielen anderen Kantonen verwendet wird. Im Kanton Basel-Landschaft wurde hingegen ein sehr kompliziertes Modell wie dasjenige des Kantons Aargau vorgestellt, anstelle eines einfachen Berechnungsmodells gemäss dem Motto «Keep it simple». Zusatzfrage: *Warum wurde dies so kompliziert gemacht?*

Antwort: Regierungsrat **Markus Eigenmann** (FDP) kann nicht viel zur Vergangenheitsbewältigung sagen. Über das Projekt wurde in den letzten fünf Jahren effektiv viel diskutiert, geprüft und verworfen. Der Redner gehörte in seiner früheren Funktion auch zu den Kritikern der Dauer des Projekts. Anfangs dieses Jahrs kamen BKSD und FKD zusammen und suchten das Gespräch mit dem VBLG, um die Fragestellung weiter in Richtung einer Lösung zu treiben. Man entschied sich für die beschriebene Trennung der inhaltlichen Ebene von den Finanzströmen. Das führt nun zu einem neuen Projekt, weil das alte Setting nicht zum Ziel führte. Thema sind die inhaltlichen Fragen, die zwischen VBLG und der BKSD abgehandelt werden. Die Frage der Finanzierungsmodelle wird zwischen VBLG und FKD behandelt werden. Bei beiden Stossrichtungen wurde das weitere Vorgehen festgelegt. Bei der einen ist die BKSD ein bisschen mehr im Lead und bezüglich der Finanzen ist der VBLG momentan im Lead und wird wieder auf die FKD zukommen. Zur Frage 3 nimmt de Finanzdirektor Stellung, weil es die Periode vor Amtsantritt des Redners betrifft.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) führt aus, das Projekt sei an einer Tagsatzung angestossen worden. Es ging darum, dass der Kanton 50 % der Kosten der Primarschulen übernehmen soll. Das war ein reiner Finanztransfer von 50 % in Franken ohne materiellen Mehrwert. Daraus entstand ein VAGS-Projekt. Es gab eine Landratsvorlage, worin sechs bis zehn Varianten vorgestellt wurden, wie die Lösung aussehen könnte. Anschliessend wurden zwei dieser Varianten, der Trägerschaftswechsel und die Pauschalen, gemeinsam von der BKSD – im Lead –, der FKD und dem VBLG bearbeitet. Schliesslich wurde der Kanton Aargau an eine Tagsatzung eingeladen und dieser stellte das System mit den Pauschalen vor. Man merkte, wie kompliziert das System ist. Man kann sich zwar auf eine Pauschale konzentrieren, muss dann aber feststellen, dass von Schönenbuch bis Anwil überall Korrekturkriterien angewandt werden müssen, damit die Pauschale in allen Gemeinden unter allen Umständen und Bedingungen korrekt und kostendeckend ist. Deshalb kam man vom Gedanken weg, dass der Kanton die Mittel zur Verfügung stellt und 50 % der Primarschulkosten zahlt. Es entspricht nicht der Art und Weise der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden, dass die Gemeinden verlangen, dass 50 % der Kosten gezahlt werden, weil der Kanton ohnehin alles bestimme. Es wäre richtig, von Anfang an das Prinzip der fiskalischen Äquivalenz anzuwenden, aber das System ist historisch gewachsen. Das heisst nicht automatisch, das System sei schlecht und andere Kantone sind besser. Die Frage ist: Lohnt sich der Aufwand, das System zu wechseln, wovon grosse Finanzströme tangiert wären? Lehrpersonenlöhne, Lehrpläne etc. werden sich von Gemeinde zu Gemeinde am Schluss nicht unterscheiden. Deshalb ist der Kanton zurückhaltend. Lösungen im Finanzbereich müssten den Steuerfusstransfer beinhalten. VBLG und FKD arbeiten daran. Weiter war vielfach zu hören – auch hier wurde es wiederholt diskutiert und in den Medien ist es fast jeden Tag –, dass der Kanton Kosten an die Gemeinden delegieren würden (wie es der Bund mit dem Kanton tut). Die Konsultativkommission Aufgabenteilung und Finanzausgleich arbeitet daran, hat die Kostenblöcke studiert und die Finanzströme der letzten zehn Jahre angeschaut. Basierend darauf wird der Bildungsbereich noch einmal abgetieft und vor allem geschaut, wo man heute im Bildungsbereich Varianten finden kann, die den Gemeinden mehr Variabilität erlauben, ohne dass die Bildungsqualität betroffen wäre. Diese Aufgabe liegt bei der BKSD. Dies sind, kurz zusammengefasst, die letzten drei, vier Jahre.

7. Roman Brunner: Fehlende freie Plätze beim TimeOut BL

Keine Zusatzfrage.

8. Marc Schinzel: Warum ist der Kanton Basel-Landschaft nicht mehr im Stiftungsrat der Stiftung Christlich-Jüdische Projekte (CJP) vertreten?

Keine Zusatzfrage.

://: Alle Fragen sind beantwortet.